

ZU DEN TEXTEN

(Zusammenfassung auf fünf Seiten)

1. Vor dem Hintergrund wachsender sozialer Spannungen und Gegenwehr in Deutschland sah sich der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering Mitte April veranlasst, eine ganz spezielle Methode der Produktion von monopolistischen Maximalprofiten anzuprangern. Internationale Finanzinvestoren würden aus reiner Profitgier wie "Heuschrecken" über deutsche Unternehmen herfallen, sie ausweiden und anschließend wieder ihrer Wege gehen. Wie auf Knopfdruck hatten die Medien ihre „kapitalismuskritische“ Debatte. Sie berichteten von einem internen Papier der SPD-Fraktion unter dem Titel "Marktradikalismus statt sozialer Marktwirtschaft - Wie Private-Equity-Gesellschaften Unternehmen verwerten". Darauf bezog sich auch Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, als er bei der Vorstellung der neuen Arbeitsmarktzahlen am 21. April erklärte: "Es gibt Fälle, in denen Unternehmen richtig ausgesaugt wurden. Beispiele dafür zu finden, ist nicht so schwer. Ich habe die im Büro liegen". Es handele sich um eine Materialsammlung der SPD-Fraktion. "In manchen unserer Unternehmen finden tatsächlich Ausschachtungen statt, die nicht im Interesse unseres Landes sind." (FTD v. 24. April 2005).

Die IG Metall legte nach. „Die Plünderer sind da“ titelte die Mai-Ausgabe von „Metall“ Monatsmagazin. (Anlage 1) „Finanzinvestoren aus Amerika schlachten deutsche Unternehmen aus. Sie kaufen die Firmen, um sie kurz darauf mit Gewinn weiter zu veräußern. Rücksicht auf Menschen, Regionen oder Traditionen nehmen die amerikanischen Finanziere nicht.“ Das karikaturistische Titelblatt zeigt Herren im Nadelstreifen und mit Aktenkoffer in der Gestalt von Mücken, die deutsche Fabriken umschwärmen. Man sieht förmlich, wie ihre zu gierigen Stechrüsseln verlängerten Nasen deutsche Firmen aussaugen. Die Stars and Stripes an ihren Zylindern zeigen, dass sie aus USA eingeflogen kommen. So merkt selbst der Leseunkundige sogleich, dass von Profitsaugern deutscher Nationalität und von antikapitalistischer Systemkritik hier nicht die Rede sein soll, eine Störung der heimischen Sozialpartnerschaft von Seiten der Gewerkschaftsleitungen nicht befürchtet werden muss, zumindest vorerst nicht.

Werner Rügemer, Köln, der Autor dieses Artikels ist Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln. Er nennt einige Namen: „Blackstone, KKR, Carlyle, Lone Star, Terra Firma, Apax, Cinven, Investcorp, Permira. So nennen sich ‚Finanzinvestoren‘ in New York, Houston und London. Man kennt sie kaum, aber sie haben eines gemeinsam: viel, viel Geld.“ Und er schilderte ihre Methoden, brachte Fallbeispiele von „Verwertungen“ aufgekaufter Unternehmen: „Für den Kauf sind nur Top-Unternehmen des gehobenen Mittelstands interessant: Sie sind nicht börsennotiert, haben einen Wert ab 100 Millionen Euro und sind bereits profitabel. Sie sollen das Potential haben, zur Spitzengruppe ihrer Branche aufzuschließen oder zum Marktführer zu werden. Die Finanzinvestoren wollen eine Rendite, die höher ist als bei anderen Formen der Kapitalverwertung. Dazu soll auch die ‚Steuroptimierung‘ beitragen: Regelmäßig wird in der Finanzoase Luxemburg eine Holding gegründet. Die bisher öffentlich genannten Renditen liegen zwischen 15 Prozent und 40 Prozent pro Jahr.“ „Die Investoren unterwerfen das Unternehmen einem kurzen ‚Verwertungszyklus‘ von drei bis fünf Jahren. Dabei geht es vor allem um ‚Kostensenkung‘: Entlassungen, Lohnsenkung, Mehrarbeit bei gleichem Lohn, vermehrter Einsatz von Leiharbeitern.“ „Für seinen rabiaten ‚Verwertungszyklus‘ braucht der Finanzinvestor Verbündete. Die bisherigen Geschäftsführer und Bereichsleiter werden mit etwa fünf Prozent am Unternehmen beteiligt. Bei Tenovis beteiligte der Finanzinvestor KKR 70 Manager als Anteilseigner. Sie gelten als ‚Unternehmer im Unternehmen‘. Wenn sie zum Kauf der Gesellschaftsanteile nicht genügend Geld haben, erhalten sie vom Finanzinvestor günstige Kredite. Hohe Gehälter und Erfolgsprämien für die Umsetzung der sozialen Grausamkeiten gibt es sowieso.“ „Eine einfache Faustregel

lautet: Der Kaufpreis muss möglichst unter dem Firmenwert liegen und sich somit letztlich selbst finanzieren. Es werden nur Unternehmen gekauft, die keine Aktiengesellschaften sind. Deshalb kann der Firmenwert leicht manipuliert werden.“ „Nach drei bis fünf Jahren hat der Finanzinvestor zwei Möglichkeiten für sein Ausscheiden ("Exit"): Entweder er verkauft das Unternehmen zu einem wesentlich höheren Preis als den Kaufpreis. Oder er bringt es an die Börse. Beim Börsengang bleibt der Finanzinvestor zunächst oft selbst Hauptaktionär, zum Beispiel mit 30 bis 40 Prozent der Aktien. Bei Wincor Nixdorf sah der Börsengang so aus: Für die sieben Millionen Aktien wurden etwa 350 Millionen Euro eingenommen. Davon flossen nur 125 Millionen an Wincor Nixdorf selbst. Der "Rest" von 225 Millionen ging an die Investoren. Das war aber noch nicht der Gesamtgewinn. Denn die Investoren behielten zunächst 36 Prozent der Anteile. Diese 5,56 Millionen Aktien brachten beim Verkauf im Januar 2005 noch einmal etwa 300 Millionen Euro.“ Dass die Schröder/Fischer-Regierung derartige „Investitionen“ des spekulativen Kapitals, über die sich Müntefering als Vorsitzender der größeren Regierungspartei nun entrüstet, massiv fördert, können die Kollegen der IG Metall allerdings höchstens aus der Andeutung entnehmen: „Die Finanzinvestoren sind seit der "Steuerreform 2000" aktiv: Seitdem sind die Erlöse aus Firmenverkäufen steuerfrei.“

2. „In einem Umfang, der der Öffentlichkeit bisher nicht bewusst ist, fördert die rotgrüne Bundesregierung seit 1998 das Eindringen ausländischer Investoren,“ hatte Werner Rügemer bereits im Januar einem längeren wissenschaftlichen Aufsatz (Anlage 2) in den WSI Mitteilungen 1/2005 der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel „Investitionen ohne Arbeitsplätze“ geschrieben. (Anlage 2) Möglicherweise hatte dieser Aufsatz von Rügemer den Spitzen von SPD und Gewerkschaften erst den Anstoß und das Material für die Debatte über „Heuschrecken“ und „Mücken“ geliefert. Allerdings beschrieb Rügemer in dem WSI-Aufsatz ausführlich die in dem „Metall“-Artikel fast völlig fehlende regierungsamtliche Förderung von ausländischen Investitionen in Deutschland: Gerhard Schröder, schrieb Rügemer „richtete sofort nach der Wahl Ende 1998 die Stelle eines Bundesbeauftragten für Auslandsinvestitionen ein. Sie wurde an Hilmar Kopper vergeben. Er hatte kurz zuvor seine langjährige Funktion als Vorstandssprecher der Deutschen Bank beendet und deren Aufsichtsratsvorsitz übernommen. Zugleich war er Aufsichtsratsvorsitzender von DaimlerChrysler. Die Bundesregierung stattete die Stelle mit einem Arbeitsstab von Direktoren und Projektmanagern aus. 1999 schnellten die Direktinvestitionen ausländischer Investoren in die Höhe: von 22 auf 51 Mrd.€ 2001 waren es 35 Mrd.€ 2002 waren es 40 Mrd. Das absolute Spitzenjahr war 2000 mit 212 Mrd... Kopper ließ Fragen nach den Namen der Investoren und nach dem Arbeitsplatzeffekt nicht beantworten. Es wurde lediglich betont: Man müsse sich von der ‚romantischen Vorstellung‘ lösen, durch ausländische Direktinvestitionen würden Arbeitsplätze geschaffen...dass also ein Investor auf einer grünen Wiese eine neue Fabrik errichte...sei...vorbei. Heute gehe es um den Aufkauf von bestehenden Firmen und um Standortsicherung...Es stellte sich heraus, dass die absolute Investitionsspitze im Jahre 2000 zum allergrößten Teil vom Kauf der Mannesmann AG durch Vodafone bedingt war. Kopper beendete seine Tätigkeit als „Federal Commissioner for Foreign Investments“ nach fünf Jahren. Die Bundesregierung berief 2003 drei Nachfolger: Klaus Mangold, ehemaliger Vorstandsvorsitzender von DaimlerChrysler Financial Services, Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender von Siemens sowie Jürgen Weber, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Lufthansa. Gleichzeitig wurde die Stelle in die Bundesagentur „Invest in Germany GmbH“ umgegründet. Aus dem Bundeshaushalt fließen jährlich 5 Mio. € an die Agentur... Kopper hatte Investoren vor allem in den USA gesucht. Mit den Nachfolgern wird das Einzugsgebiet erweitert. Jürgen Weber ist weiter zuständig für die USA. Mit Mangold, der zugleich Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft ist und mit von Pierer, Vorsitzender des Asien- Pazifik-Ausschusses, sollen Investoren nun auch aus diesen Regionen nach Deutschland geholt werden.“ „Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, absolvierte

Bundeskanzler Schröder vor der Verabschiedung von ‚Hartz IV‘ eine Goodwill-Tour an der Wall Street. ‚Es gibt ein großes Interesse in den Vereinigten Staaten an der Agenda 2010‘, erklärte er nach einem Treffen mit Vertretern führender US-Unternehmen; sie hätten schon länger die hohen Lohnnebenkosten und Unternehmensteuern in Deutschland kritisiert und auf eine entsprechende Reform der Sozialsysteme gedrängt...‘Die Entscheider in den US-Konzernen hoffen besonders auf die Reformen am Arbeitsmarkt und bei der Unternehmensbesteuerung‘, sagte John Thain, Vizechef des Gastgebers Goldman Sachs....Wie die Agenda 2010 wurde auch die Steuerreform 2000 von der US-Lobby, in Deutschland vertreten durch die American Chamber of Commerce Germany, mit angestoßen. Danach sind Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften in der Regel steuerfrei; besonders günstige Bedingungen gelten für mittelständische Unternehmen. Diese Regelung der Körperschaftsteuer galt bereits für Aktiengesellschaften, wenn sie Beteiligungen im Ausland verkauften; seit 2002 gilt die Steuerbefreiung für alle Unternehmen und auch für Verkäufe in Deutschland...Schröder war im November 2003 auf Einladung der Investmentbank Goldman Sachs mit den Unternehmenschefs in New York zusammengetroffen. Er warb damit, dass das ‚Agenda 2010-Paket aus Gesundheits-, Arbeits- und Rentenreform mehr US-Investitionen nach Deutschland bringe.‘ „Die Investmentbank Goldman Sachs, auf deren Initiative Bundeskanzler Schröder an die Wall Street eingeladen wurde, spielt traditionell auch die Rolle eines Finanzinvestors. Die Bank wurde in diesem Sinne auch in der Bundesrepublik in den letzten Jahren verstärkt aktiv, etwa beim Kauf von Siemens Nixdorf.“

„Die Gründe für das Vordringen der Finanzinvestoren sind mehrschichtig und hängen mit der neoliberalen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Die Initiative geht nicht nur mehr von der Kapitaleseite aus; Steuerreform 2000 und die EU-weite Agenda 2010 zeigen auch den Staat als treibenden Akteur. Das lange Zeit favorisierte Aktiengeschäft ist mehr oder weniger tot. Dividenden von Aktien auch renommierter Konzerne bringen oft weniger als „Omas Sparbuch“. Große Gewinne mit Aktien werden im Wesentlichen über neu entwickelte Instrumente wie Hedgefonds generiert. Außerdem unterliegen die großen Aktiengesellschaften einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit, Aktionäre gehen wegen Falschinformationen vor Gericht und klagen auf Schadenersatz. Der „normale“ Gang kapitalistischer Produktion und Dienstleistung bringt nicht die jährlichen 15 bis 25 % Gewinn, die in den oberen Etagen der Kapitalverwerter heute erwartet werden. Banken sehen das bisherige Kreditgeschäft nicht mehr als lohnend an, sie verlegen sich auf Fusionen, Firmenaufkäufe und globale Vermögensanlagen. Insbesondere der Mittelstand, auch der florierende, bekommt Kredite unter immer weiter einschnürenden Bedingungen. Firmeninhaber, Topmanager, vermögende Privatanleger ebenso wie institutionelle Anleger verlagern deshalb ihre Strategien. Das flüssige Kapital strömt in eine neue Richtung: ‚In der Private Equity-Industrie gibt es mehr Geld als Sie anlegen können‘, berichtet Finanzinvestor Middelhoff. ‚Das Problem ist, die rentierliche Anlage zu finden‘“

„Man ist sich vollkommen bewusst, dass die öffentlich propagierte Verbindung zwischen Investitionsanstieg und neuen Arbeitsplätzen nicht existiert. ‚Die Statistik trügt‘, stellte das Handelsblatt schon zur Erfolgsbilanz des damaligen Bundesbeauftragten für Auslandsinvestitionen, Kopper, fest. ‚Der steile Anstieg (der Investitionen, W. R.) ist durch Fusionen und Firmenübernahmen geprägt. Und die haben unterm Strich mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen‘ (Handelsblatt 27.8.2001). Dies hindert dieselben Wirtschaftskreise und Medien ebenso wenig wie die Bundesregierung und Landesregierungen, Investitionen dieser Art noch intensiver zu fördern und gleichzeitig gegenüber Wählern und Arbeitnehmern neue Arbeitsplätze zu versprechen.“

Neu an Rügemers Analyse ist nicht die bekannte Tatsache, dass das Finanzkapital in der allgemeinen Krise des Kapitalismus immer ausgeklügeltere und brutalere Methoden der Produktion

von Maximalprofit entwickelt. Ähnliche parasitäre und zerstörerische Phänomene der Vernichtung von Kapital und Arbeitsplätzen, der Durchsetzung längerer Arbeitszeiten, niedrigerer Löhne, prekärer Arbeitsverhältnisse etc. treten überall auf, wo das Gewaltpotential des Monopolkapitals gegenüber der Arbeiterklasse dominiert. Rügemer analysiert nur die wohl rabiateste dieser modernen Methoden, die in dem Ausschlichten profitabler und profitträchtiger Unternehmen durch „Investitions“gesellschaften besteht, die sich auf diese Form des legalen Diebstahls konkurrierender Kapitale auf Kosten der Lohnbeschäftigten spezialisiert haben. Eigentlich ist die Brutalität des Vorgehens dieser Gesellschaften nicht neu. „Trotzdem,“ meint Rügemer, „geht das Treiben der Finanzinvestoren bisher unkommentiert und problemlos über die Bühne.“ Er scheint derjenige zu sein, der dieses Treiben wissenschaftlich thematisiert hat und kann daran auch demonstrieren, dass Bundestagsparteien, Medien und Arbeitgeberverbände, die vorgeben, keine größere Sorge zu haben, als in Deutschland neue Arbeitsplätze zu schaffen, systematisch Maßnahmen fördern, die Arbeitsplätze vernichten. Der besondere Erkenntniswert besteht in der Darstellung eines spezifischen Symptoms einer Art kollektiven Schizophrenie, des Auseinanderdriftens von Versprechungen von „mehr Arbeitsplätzen“ und gleichzeitigen Maßnahmen der Vernichtung von Massenkraft und Arbeitsplätzen. Darin liegt der rationale Kern der von den Spitzen von SPD und Gewerkschaften angestoßenen „kapitalismuskritischen Debatte“, der allerdings aus den Nebelschwaden dieser Debatte herausgeschält werden muss.

3. „Der Vorsitzende Müntefering gibt den Lafontaine, und die Restlinke in der SPD wittert anti-kapitalistische Morgenluft,“ mokiert sich Otto Meyer in „Ossietzky“ 9/05 (Anlage 3) über die Art dieser Debatte. Zu welcher zerstörerischen Tendenzen das kapitalistische Wirtschaftssystem immer wieder neigt, sei doch nicht neu. Und Meyer ergreift die Gelegenheit zu einer in dieser Debatte bisher weitgehend vermissen wirklichen allgemeinen „Kapitalismuskritik“, knapp und allgemeinverständlich: „In der einfachen ‚Markt-Formel‘, wie Marx sie für das kapitalistische System als inhärentes Gesetz aufgewiesen hat, heißt es $G - G'$, aus Geld muß nach dem Durchgang durch Produktion und Handel mehr Geld werden, sonst unterbleibt das Geschäft. Die Möglichkeit zu mehr Geld bietet nur die Formverwandlung in der Produktion, weil einzig aus der ‚Ware Arbeitskraft‘ mehr herauszuholen ist, als sie kostet. Daß darin ein Unrecht, ein erzwungenes Ausbeutungsverhältnis liegt – ein den Akteuren in der Regel verborgener Betrug – ist das Eine. Das andere Unheil besteht darin, daß mit diesem ‚Mehr‘ etwas in die Welt kommt, das im nächsten Durchgang potenziert ‚noch mehr Mehr‘ ansammeln muß, also die Akkumulation von Kapital durch Mehrwertproduktion: ‚Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten‘ (Marx). Unvermeidlich stößt dieser Prozeß an seine Grenzen, sobald der vom Kapital bearbeitete und ‚entwickelte‘ Rahmen eines Landes, einer gegebenen Bevölkerung und ihrer kapitalförmig zu verwertenden Bedürfnisse ausgeschöpft ist. Der Weltmarkt bietet eine Weile Auswege, bis auch da die Grenzen erreicht sind. Zusätzlicher Mehrwert kann nicht mehr realisiert werden, mangelnde Nachfrage infolge der nicht mehr vorhandenen Kaufkraft führt zu Überproduktion, die Waren fallen im Preis, Gewinne bleiben aus, einige Kapitalien müssen sich in Luft auflösen, und das alles bedeutet Wirtschaftskrise mit Pleiten und Arbeitslosigkeit.“ (Meyer: „Neulich war im Handelsblatt zu lesen, daß die Fondsmanager, besonders in den USA, zur Zeit sehr nervös sind. Rund eine Billion Dollar (also die Kleinigkeit von tausend Milliarden) können in diesen Wochen auf den Märkten nicht untergebracht werden.“) „Ob zyklisch, periodisch, in großen oder kleineren Wellen – diese Tendenz der fallenden Profitrate erschüttert regelmäßig ganze Volkswirtschaften, treibt zu Kriegen weltweit und könnte die Erde wüst und leer machen, wenn die Menschheit nicht lernt, ihre Geschichte selbst zu bestimmen.“

4. „Wenn erst einmal die Löhne um 15 Prozent gesenkt worden sind, wird alles wieder gut. So verkündet es Professor Hans Werner Sinn, der Oberpriester der neoliberalen Wirtschaftstheolo-

gen in Deutschland,“ spottet Rainer Butenschön in derselben Nummer von Ossietzky. (Anlage 4). „Einen Verzicht auf bis zu 30 Prozent erwarten die Unternehmer in der Papierverarbeitung von ihren Beschäftigten, bis zu 40 Prozent weniger sollen es in Druckindustrie und Zeitungsverlagen sein.“ Zur Disposition stünden „fast alle Regelungen für die Arbeitszeit, die Arbeitszeitgestaltung, Überstunden- und Wochenendzuschläge, Gesundheitsschutz, Kündigungsfristen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub, Urlaubsgeld und Jahresleistung. All das soll gestrichen oder radikal gekürzt werden. Allein die direkt auf Lohnbestandteile zielenden Forderungen bedeuten für einen Schichtarbeiter der Druckindustrie Einbußen von 25 Prozent seines bisherigen Gehaltes. Für die Verhandlungen, die die Unternehmerverbände und die zuständige Medienabteilung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) seit Monaten ohne jedes Ergebnis führen, hat die Kapitaleseite jüngst noch einmal ihr Dogma bekräftigt: Die Gewerkschaft muß der 35-Stunden-Woche adieu sagen. Wenn ver.di nicht in eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit um bis zu fünf Stunden ohne Lohnausgleich einwilligt, wollen die Unternehmer überhaupt keinen Flächentarifvertrag mehr abschließen, drohte Wolfgang Pütz, Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck und Medien. Manfred Lantermann, der die papierverarbeitende Industrie vertritt, schließt auch eine Rückkehr zur Sechs-Tage-Woche nicht aus.“ „Angesichts des rasanten Produktivitätsfortschritts gab es in ver.di Rufe, mit der Forderung nach der 30-Stunden-Woche in die Tarifaus-einandersetzung zu ziehen. Die Mehrheit aber schätzte die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als zu ungünstig ein, um diesen Kampf zu wagen. Doch wenigstens in akuten betrieblichen Notfällen will ver.di erreichen, daß Arbeitszeitverkürzungen zwingend Vorrang vor Entlassungen haben. Das durchzusetzen, wird ein schwieriger Kampf. 'Die Belegschaften sind durch ein Säurebad gegangen', beschreibt ein ver.di-Tarifsekretär die zwiespältige Stimmung in etlichen Betrieben. 30 000 Arbeitsplätze wurden in den vergangenen Jahren allein in der Druckindustrie abgebaut. Das schüchtert viele ein und fördert die Versuchung, sich trotz aller Empörung über die Gier der Unternehmer wegzuducken. Hinzu kommen Erpressungsversuche der Firmenleitungen nach dem Motto: Wer Entlassungen vermeiden will, muß klein begeben, nämlich auch der Ausgliederung ganzer Abteilungen, der Hereinnahme billiger Fremdfirmen oder der Preisgabe sämtlicher übertariflicher Leistungen zustimmen. Daß Betriebsräte damit – wie bei der Bremer Tageszeitungs AG – ausgerechnet am 24. Dezember erpreßt wurden, gehört zum Stil der arrogant auftretenden Unternehmerfunktionäre. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Hartz IV spekulieren sie darauf, daß Angst die Belegschaften lähmen, ihre Verzichtsbereitschaft fördern, ihre Streikbereitschaft zähmen wird. Doch in der bislang als eher kampfschwach geltenden Papierverarbeitung laufen bereits überraschend kraftvolle Warnstreiks. ‚Seit 29 Jahren ist unser Betrieb zum ersten Mal wieder im Arbeitskampf‘, berichtet zuversichtlich ein Betriebsrat der norddeutschen Firma Danapack von ‚wachsener Wut‘, ‚großem Zulauf zur Gewerkschaft‘ und von einem Chef, der von den Streikenden nicht mehr begrüßt werden will. Mehr als 12 000 Beschäftigte dieser kleinen Branche sind bereits tageweise in den Ausstand getreten. Umgerechnet auf die Metall- und Elektroindustrie würde dies 400 000 Streikende bedeuten. So viel Gegenwehr haben die Unternehmer erkennbar nicht erwartet.“